

Tarifeinigung 2011 für Landesbeschäftigte

dbb rheinland-pfalz bewertet Tarifkompromiss positiv

Lilli Lenz: Jetzt muss die Übertragung auf den Beamtenbereich her

Hinweis:

Da der Redaktionsschluss für diese „durchblick“-Ausgabe vor dem Landtagswahltermin lag, kann erst im nächsten Heft auf das Wahlergebnis eingegangen werden. ■



Foto: Oehl

► „Wir machen das! Wer sonst?“
Demozug in der Mainzer Fußgängerzone am 2. März 2011.
Ein erfolgreicher Einsatz.

Die dbb tarifunion hat sich mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) am 10. März 2011 in Potsdam in der dritten Verhandlungsrunde auf einen Tarifkompromiss für die Landesbeschäftigten verständigt.

► Das Ergebnis

Kernpunkte des Kompromisses sind:

- eine Einmalzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 360 Euro (für die Monate Januar bis März 2011) als soziale Komponente,
- eine lineare Erhöhung von 1,5 Prozent zum 1. April 2011,
- eine lineare Erhöhung um weitere 1,9 Prozent zum 1. Januar 2012 plus
- ein Sockelbetrag von 17 Euro zum gleichen Zeitpunkt.
- Die Laufzeit beträgt zwei Jahre (bis 31. Dezember 2012).

Im Lehrkräftebereich war die TdL nicht kompromissbereit, so dass sich im Hinblick auf die dortige Tarifierung der Eingruppierungsregelungen einweilen nichts tut.

Allerdings konnten die Gewerkschaften hier ein gesondertes tarifliches Kündigungsrecht durchsetzen, was faktisch bedeutet, dass ab dem 1. Januar 2012 eigenständige Arbeitskampfmaßnahmen mit dem Ziel einer Tarifierung in Form von Verhandlungen über die Eingruppierungsregelungen für Lehrkräfte geführt werden können. Das Thema bleibt also auf der Tagesordnung.

► Die Bewertung

Die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz zum Kompromiss: „An dem Ergebnis lässt sich ablesen, dass sich beide Seiten die Sache nicht leicht ge-

macht haben. Auch die Länder zeigten letztlich eine gehörige Portion Einigungswillen. Da kann man mal sehen, was gewerkschaftlicher Druck durch flächendeckende Protest- und Warnstreikmaßnahmen bringen kann. Ich danke allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ausdrücklich für ihre Unterstützung dabei.

Das erzielte Ergebnis ist ein Zeugnis für sachlichen Konfliktaustrag mit Augenmaß. Aus Einmalzahlungen, Linearanpassungen und Sockelbeträgen ergibt sich durchschnittlich eine Einkommenssteigerung von 2,3 Prozent im laufenden Jahr und von weiteren 2,8 Prozent in 2012. Das ist angesichts der öffentlichen Kassenlage in Ordnung und für die Kolleginnen und Kollegen ein wirkliches Plus im Portemonnaie.

Dass in der Frage der Eingruppierung der Lehrkräfte keine Ei-

nigung erzielt werden konnte, ist dagegen nicht in Ordnung. Immerhin sind aber die Weichen für eine spezielle Verfolgung der Lehrkräfteinteressen gestellt worden.

Zunächst setzt sich der dbb rheinland-pfalz auf Landesebene jetzt entschieden dafür ein, dass der gefundene Augenmaß-Kompromiss zeit- und deckungsgleich auf die Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten übertragen wird. Noch vor der Landtagswahl wollen wir sehen, wie viel der Landesregierung und der Politik der Bezahlungsgleichklang im öffentlichen Dienst wert ist.“

Der dritten Verhandlungsrunde vorangegangen waren bundesweite Aktionen der Gewerkschaften, darunter auch ein von DGB, ver.di, GEW, GdP und dem dbb veranstalteter Protestaufmarsch mit Abschlusskundgebung in Mainz am 2. März 2011 mit mehr als 2 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Siehe dazu die weitere Berichterstattung in diesem Heft. ■

Tarifrunde im öffentlichen Dienst der Länder

Lilli Lenz: „Machen auch Sie Ihren

Beschäftigte demonstrierten Anfang März in Mainz gegen starre Arbeitgeber-Haltung



Foto: Oehl

2

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz

> Klare Ansage.

Mehr als 2 000 Beschäftigte des öffentlichen Landesdienstes, darunter viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Straßenmeistereien in ganz Rheinland-Pfalz, versammelten sich nach einem Protestmarsch durch die Mainzer Innenstadt am 2. März 2011 auf dem Deutschhausplatz vor dem Landtag zu einer Protestkundgebung. Anlass war die starre Haltung der in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zusammengeschlossenen Arbeitgeber. Sie hatten am 25. Februar 2011 auch die zweite Runde der Tarifverhandlungen verstreichen lassen, ohne ein Angebot zu präsentieren.

„In der Fünften Jahreszeit laufen die Schwellköpfe nicht nur

in Mainz durch die Straßen – nein, auch in Potsdam sitzen uns bei den Tarifverhandlungen sture öffentliche Arbeitgeber gegenüber, die von Solidarität und Zurückhaltung reden und dabei einseitig die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Blick haben“, kritisierte Lilli Lenz, die Vorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion rheinland-pfalz, das Verhalten der TdL-Delegation.

Ohne die Arbeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes könne beispielsweise kein einziger Fastnachtsumzug an den Start gehen, hob Lilli Lenz mit Blick auf die kommenden „tollen Tage“ am Rhein hervor: „Bei Faschingsumzügen müssen Polizei und Feuerwehr ständig präsent sein, bei Ver-

anstaltungen wird auf den Jugendschutz geachtet, Krankenhausbeschäftigte sind im Dauereinsatz, Reinigungstrupps sind in Sonderschichten unterwegs. Und das alles ohne ‚Faschingszulage‘ oder närrische Sonderzahlungen. Das ist unser Job – und der wird gemacht!“, stellte Lenz unter dem Beifall der Demonstrantinnen und Demonstranten klar. „Den Arbeitgebervertretern, allen voran dem TdL-Verhandlungsführer Herrn Möllring, rufe ich zu: Machen also auch Sie als Arbeitgeber einen guten Job – und gehen Sie auf unsere Forderungen ein! 50 Euro und dazu 3 Prozent sind fair.“

Die Tarifverhandlungen zwischen TdL und Gewerkschaften

gingen am 9./10. März 2011 in die dritte und letzte Runde (zum Ergebnis: Siehe Seite 1).

Unter der Überschrift „Die Arbeitgeber brauchen Druck!“ hatte der dbb zusammen mit DGB-Gewerkschaften die Tarifbeschäftigten sowie die Landes- und Kommunalbeamten zur Demonstration am 2. März 2011 in Mainz aufgerufen.

Am 4. Februar 2011 hatten die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) für eine Einkommens-erhöhung der Landesbeschäftigten begonnen. Sie wurden am 24. und 25. Februar 2011 fortgesetzt, ohne dass die Arbeitgeber ein Angebot vorgelegt hätten. Es war folglich offensichtlich an der Zeit, den Druck zu erhöhen.

Job, Herr Möllring!“



> dbb-Landeschefin Lilli Lenz mit Finanzminister Dr. Carsten Kühl und dem DSTG-Landesvorsitzenden Stefan Bayer am Rande des Aufmarsches. Foto:db



> Auf dem Podium: Stellv. dbb-Landesvorsitzende Elke Schwabl, Torsten Bach, Axel Schaumburger und Gerhard Bold, VDSTRA-Landeschef Werner Ege und dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz. Foto:db



> dbb-Landeschefin Lilli Lenz spricht zu den Demonstranten. Foto:vlbs



> VDSTRA macht Rabatz in Mainz. Foto: Oehl



> Eng und laut wurde es in der Augustinerstraße. Foto: Fink



> Auf dem Deutschhausplatz. Foto:vlbs

> **Der dbb forderte:**

- die Erhöhung der Tabellenentgelte (TV-L und TVÜ-Länder) sowie der Ausbildungsentgelte (TVA-L BBiG und Pflege) um 50 Euro als Sockelbetrag und darauf Anhebung um 3 Prozent,
- eine Laufzeit über 14 Monate ab dem 1. Januar 2011,
- die Übernahme aller Auszubildenden im Länderbereich,
- die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des materiellen Gehalts der Tarifeinigung auf den Beamtenbereich,

- die Umsetzung der Vereinbarung vom 1. März 2009 zur Eingruppierung innerhalb der Einkommensrunde 2011 auch für den Bereich der Lehrkräfte,
- eine Öffnung, um auf Landesebene über Altersteilzeit verhandeln zu können,
- eine gewerkschaftliche Vorteilsregelung für dbb-Mitglieder,
- eine regelmäßige Tarifpflege, zum Beispiel im KR-Bereich und im Bereich der Straßenbauverwaltung.

Die Demonstranten trafen sich ab 8.00 Uhr im Mainzer Kulturzentrum KUZ und marschierten dann am Nachmittag durch die Innenstadt zur Kundgebung auf dem Deutschhausplatz.

Dort sprachen unter anderem neben der dbb-Landesvorsitzenden Lilli Lenz und moderiert vom GdP-Landesvize Heinz-Werner Gabler ver.di-Landesbezirkschef Uwe Klemens und Ilse Schaad vom Vorstand der Bundes-GEW.

Die Redebeiträge kreisten um das Ziel der Sicherung der Teilhabe an der allgemeinen wirt-

schaftlichen und finanziellen Entwicklung. Teilhabe sichern in Zeiten eines kräftigen Aufschwungs ist aus Gewerkschaftssicht nämlich nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch ein Gebot der Vernunft. Damit der öffentliche Dienst im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft konkurrenzfähig bleibt, müssen auch die Einkommen konkurrenzfähig bleiben.

Die Veranstaltung war gegen 15:30 Uhr beendet. Zu diesem Zeitpunkt lief im Landtagsgebäude die traditionelle Fastnachtsfeier auf vollen Touren... ■

Protest- und Warnstreikaktion am 2. März 2011

Öffentlicher Dienst ist tipp-topp Rund-um-die-Uhr-Daseinsvorsorge und deshalb mehr wert

Rede der dbb-Landesvorsitzenden Lilli Lenz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie alle herzlich hier auf dem Deutschhausplatz in Mainz!

In der Fünften Jahreszeit laufen die Schwellköpp nicht nur in Mainz durch die Straßen – nein, auch in Potsdam sitzen uns bei den Tarifverhandlungen sture öffentliche Arbeitgeber gegenüber, die von Solidarität und Zurückhaltung reden und dabei einseitig die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Blick haben. Das heißt konkret: Die zweite Tarifrunde der Länder ist vorbei und von den öffentlichen Arbeitgebern liegt noch immer kein Angebot vor! Der dbb sagt: Solidarität ist keine Einbahnstraße! Die Gewerkschaften sind seit Wochen verhandlungsbereit.

Unsere Tarifforderung ist angemessen und gerecht. Wir fordern keine Spitzengehälter für kleine Sparten auf Kosten der unteren Einkommensgruppen. Wir wollen eine gerechte Bezahlung für einen hohen Arbeitseinsatz – für die Tarifbeschäftigten der Länder UND für die Beamten. Das ist gerecht!

Der öffentliche Dienst ist rund um die Uhr im Einsatz. Ob bei Fußballspielen, Hochwassereinsätzen oder – natürlich – auch bei Faschingsveranstaltungen: WIR sind da, wenn man uns braucht. Die Bürgerinnen und Bürger wissen das zu schätzen. Die öffentlichen Arbeitgeber offensichtlich nicht!

Egal ob im Winterstreudienst, wenn alle wegen des Wetters lieber zu Hause bleiben – WIR sind für die Bürger im Einsatz. Egal, ob bei Faschingsumzügen, wo die Straßen durch Polizei und Feuerwehr gesperrt werden müssen – WIR sind da, sonst könnte kein Faschingsumzug an den Start gehen.

Bei Veranstaltungen wird auf den Jugendschutz geachtet, Krankenhausbeschäftigte sind im Dauereinsatz, Reinigungstrupps sind in Sonderschichten unterwegs. Und das alles ohne „Faschingszulage“ oder „närrische Sonderzahlungen“, die sich in unserem Portemonnaie positiv bemerkbar machen würden. Das ist unser Job – und der wird gemacht!

Den Arbeitgebervertretern, allen voran Herrn Möllring, rufe ich zu: Machen also auch SIE als Arbeitgeber einen guten Job – und gehen SIE auf unsere Forderungen ein. Mit Wertschätzung und Anerkennung hat Ihre Verweigerungshaltung nichts zu tun! Die Bürgerinnen und Bürger wollen einen funktionierenden öffentlichen Dienst, auf den sie sich verlassen können. Dafür dürfen die Beschäftigten eine gerechte und faire Bezahlung erwarten. Öffentlicher Dienst ist tipp-topp Rund-um-die-Uhr-Daseinsvorsorge zum Wohle aller Mitbürgerinnen und Mitbürger in Rheinland-Pfalz. Das hat seinen Preis.

Liebe Arbeitgeber: Erstklassige Arbeit fordern bei zweitklassiger Bezahlung und drittklassiger Ausstattung – das haut absolut nicht hin!

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Landesdienst dürfen nicht stiefmütterlich behandelt werden. Sie brauchen und verdienen Anerkennung sowie eine gerechte Bezahlung.

Alle Welt redet davon, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise gemeistert ist. Es geht bergauf – ohne den öffentlichen Dienst wäre das nicht so schnell gegangen. Deshalb darf das öffentliche Personal jetzt auch nicht vergessen werden.

Ob Arbeitnehmer im Landesdienst, ob Beamte oder Versor-

gungsempfänger im Landes- und Kommunaldienst, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen ALLE teilhaben können. 50 Euro plus drei Prozent ist unsere Formel dafür. Diese Forderung ist äußerst maßvoll. Trotzdem ist das Gejammer der Arbeitgeber genau so, als hätten wir eine zweistellige Forderung erhoben. Doch wir rufen ihnen zu: Das ist nicht zu viel verlangt.

Bund, Länder und Kommunen können sich bis Ende 2012 auf über 60 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen einstellen als bisher geplant! Für das kommende Jahr zeichnet sich ein Rekord-Steueraufkommen von 563 Milliarden Euro ab! Gegenüber 500 Milliarden für den Euro-Rettungsschirm ist eine vernünftige Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst vergleichbar mit der „Portokasse“ und mit „Peanuts“.

Und wo bleiben die Beschäftigten? Uns laufen die Kosten davon. Neben der allgemeinen Preissteigerung ist gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz die derzeitige Benzinpreiserhöhung von über 20 Cent pro Liter in den letzten Monaten ein großes Loch im Portemonnaie der Kolleginnen und Kollegen. Da summieren sich schnell mehrere 100 Euro jährlich allein für die Fahrten zum Arbeitsplatz.

Ich appelliere daher an die Arbeitgeber: Geben Sie Ihre sture Hinhaltetaktik auf! Wir sind verhandlungsbereit – wenn Sie sich endlich in unsere Richtung bewegen. Ist „Demographie“ für die Politik denn ein Fremdwort? Wollen Sie bei mieser Bezahlung künftig Ihren Nachwuchs von den Bäumen holen? Machen Sie ein Angebot! Verhandeln Sie! Seien Sie fair!

Den Druck für gute Tarifverhandlungen bekommen wir durch un-

sere Mitglieder und alle heute hier anwesenden Demonstranten. DAS ist gelebte Solidarität – die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes – zusammen mit ALLEN Beschäftigten und Beamten des öffentlichen Dienstes – mit Verständnis der Bürgerinnen und Bürger, die unsere Forderungen unterstützen. Darauf können wir stolz sein!

Wollen wir hoffen, dass die Arbeitgeber das Signal empfangen und richtig deuten, das heute vom Mainzer Deutschhausplatz ausgeht. Wollen wir gemeinsam hoffen, dass eine Welle der Einsicht bis nach Potsdam schwappet.

Wenn nach der Fastnacht die 4-Farb-bunten Fastnachtsfahnen in rot, weiß, blau und gelb durch eine neue 4-Farb-bunte Landtagsfahne in rot, schwarz, grün und gelb ersetzt werden, dann dürfen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht schwarz-weiß sehen. Denn egal ob dann Politik mit Bart oder Politik ohne Bart gemacht wird – eines gilt in jedem Fall gewiss: ÖFFENTLICHE DIENSTE SIND MEHR WERT!

In der heutigen Tagespresse ist eine Aussage unseres Ministerpräsidenten Kurt Beck zu lesen, nach der er in Zukunft ein Heulen und Zähneknirschen beim öffentlichen Personal voraussagt. Wenn man damit bei uns Wahlen gewinnen will, dann gute Nacht Rheinland-Pfalz. Die qualifizierten Tätigkeiten des öffentlichen Dienstes können nur durch das Original erledigt werden. Eine Bezahlung nach Plagiat-Tarif nehmen wir nicht hin!

Vielen Dank für Ihr Engagement und Ihre Teilnahme an unserer heutigen Protestveranstaltung. Tragen Sie diesen Protest in die Dienststellen und werben Sie für unsere gemeinsame Sache. Vielen Dank!



Mit dbb-Extrabonus in der Kfz-Versicherung

25 €-Gutschein

Gegen Vorlage dieses Gutscheins erhalten **dbb-Mitglieder**, die mit ihrem Pkw als Neukunde zur HUK-COBURG wechseln, den einmaligen **dbb-Bonus** in Höhe von 25 €.

Nutzen Sie unsere TOP-Vorteile:

TOP-Schadenservice

Wir lassen Ihr Auto abholen, wenn es nicht mehr fahrbereit ist, und in hoher Qualität reparieren.

Qualifizierte Partnerwerkstätten

Unsere Partner sind Markenwerkstätten oder Meisterbetriebe mit DEKRA-Zertifizierung. Wir geben 5 Jahre Garantie auf die Arbeit unserer Partnerwerkstätten. Die Garantie Ihres Fahrzeugherstellers bleibt erhalten.

Niedrige Beiträge

Bei der Kasko SELECT sparen Sie 20 % Beitrag. Sie können Ihre Kasko aber auch mit freier Werkstattwahl vereinbaren.

dbb-Extrabonus 25 € für Sie als Neukunde

dbb-Mitglieder erhalten einmalig 25 € dbb-Extrabonus, wenn Sie als Neukunde mit ihrem Pkw zur HUK-COBURG wechseln.

Die Adresse Ihres nächsten Ansprechpartners finden Sie im örtlichen Telefonbuch unter »HUK-COBURG«. Sofortige Auskunft bekommen Sie hier: **0800 2 153153*** oder unter www.HUK.de.

*Kostenlos aus deutschen Telefonnetzen



HUK-COBURG
Aus Tradition günstig

TV-L-Ergebnis 2011

dbb rheinland-pfalz fordert volle Übertragung auf Besoldung und Versorgung

Klare Aussagen von Regierung und Politik erwünscht

Der dbb rheinland-pfalz hat selbstverständlich und wie nach jedem Erreichen eines für die Landesbeschäftigten relevanten Tarifkompromisses „postwendend“ von der Landesregierung eine deckungsgleiche Übertragung auf die Beamtenbesoldung und -versorgung gefordert.

Während die Äußerungen von Ministerpräsident Kurt Beck und Finanzminister Dr. Carsten Kühl in der Presse zum Tarifergebnis und der beabsichtigten Übertragung etwas kryptisch ausfielen, geht es dem dbb-Landesbund um eine vollinhaltliche materielle Übertragung des Tarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung der Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamten.

Die Landesregierung bezeichnete das Tarifergebnis als fair

und mit Blick auf die Länderhaushalte als gerade noch angemessen. Man sprach sich grundsätzlich für eine Übertragung aus. Gleichzeitig wurden die Beamten und Versorgungsempfänger um Geduld gebeten, da man das nötige Anpassungsgesetz erst nach der Landtagswahl auf den Weg bringen könne – freilich samt einer Regelung zur Rückwirkung, um die Zeitgleichheit im Vergleich zum Tarifbereich sicherstellen zu können. Dies betrachtet der dbb rheinland-pfalz als Zusage.

Allerdings ging es bei den Äußerungen um das Jahr 2011 und nicht ausdrücklich und klar auch um das Jahr 2012.

Der Landtagswahl und der Diskontinuität der Legislaturperiode ist geschuldet, dass

zuletzt im Land kein Doppelhaushalt verabschiedet wurde. 2012 hängt aus Sicht des dbb rheinland-pfalz haushalterisch folglich in der Luft, weil nur der neue Landtag eine diesbezügliche Kompetenz hat. Formal wäre also richtig, dass die Landesregierung hinsichtlich der Übertragung des TV-L-Ergebnisses für die gesamte Tariflaufzeit wenig konkrete Äußerungen machte. Deshalb hat die dbb-Landeschefin Lilli Lenz die Vorsitzenden der derzeit im Landtag vertretenen Parteien und von Bündnis 90/Die Grünen neben der Landesregierung ebenfalls aufgefordert, sich für ein Anpassungsgesetz, also für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses einzusetzen und in allen Forderungen ausdrücklich betont, dass

der dbb rheinland-pfalz auch für 2012 eine Übertragung verlangt.

Im Übrigen wurden alle Adressaten dieser Forderung aufgefordert, sich perspektivisch noch vor der Wahl zu äußern – auch bezüglich 2012. Es kann nicht sein, so Lilli Lenz, dass für das laufende Jahr als Wahlbonbon eine Übertragung erfolgt, bevor dann 2012 der Sparhammer zuschlägt.

Der dbb rheinland-pfalz tritt für die Gleichbehandlung der Beamten und Versorgungsempfänger in Land und Kommunen ein.

Bis Redaktionsschluss gemeldet hat sich die SPD-Landtagsfraktion, die eine Übertragung für 2011 will, für 2012 aber unter Hinweis auf das Budgetrecht des neuen Landtags keine Aussage macht. ■

6

Der öffentliche Dienst in Rheinland-Pfalz



Die dbb Landesfrauenvertretung rheinland-pfalz Anfang Februar in Mainz. Foto: dbb

dbb Landesfrauenvertretung rheinland-pfalz

Nachwahlen zur Geschäftsführung

Monika Dünkler und Barbara Kuch gewählt

(ba) Am 7. Februar 2011 tagte die Landesfrauenvertretung in Mainz. Aufgrund von personellen Veränderungen hatte sich die Notwendigkeit von Nachwahlen ergeben. Es waren die Funktionen einer stellvertretenden Vorsitzenden

und einer Beisitzerin als Schriftführerin zu besetzen.

Im Verlauf der Sitzung wurde Monika Dünkler (DJG) als Stellvertreterin gewählt. Sie wird für die Landesfrauenvertretung in der arbeitnehmer-

vertretung rheinland-pfalz mitwirken. Als Schriftführerin wurde Barbara Kuch (VBE) gewählt. Im Rahmen der Sitzung berichtete die stellvertretende dbb Landesvorsitzende Elke Schwabl aus der Arbeit der dbb Landesleitung über den Fortgang der Tarif-

verhandlungen. Sie informierte darüber, dass der dbb und der DGB durch Demonstrationen versuchen würden, Einfluss auf die Tarifverhandlungen zum TV-L zu nehmen. Auch im Jahr 2011 wird die dbb landesfrauenvertretung ein Semi-

nar durchführen. Die Kontakte zu Referentinnen werden aufgenommen. Zwei Themenbereiche wurden angesprochen:

Gleichstellung/Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Kommunikation.

Das Seminar soll in der zweiten Hälfte des Oktobers durchgeführt werden.

Eine Information über das Seminar erfolgt über die Publikationen der Verbände und Gewerkschaften sowie über den dbb. ■

dbb-Bezirksverband Koblenz-Montabaur

Der Staat braucht motivierte Mitarbeiter

von Bezirkschef Klaus-Peter Fink

(bv) Die Gewinnung von guten Nachwuchskräften für den öffentlichen Dienst wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. Dabei spielt neben dem demographischen Wandel auch der Wettbewerb unter den Dienstherrn eine Rolle.

Der dbb-Bezirksverband Koblenz hatte zu einer gewerkschaftspolitischen Diskussion mit dem finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Frank Puchtler, eingeladen. Das Thema der Veranstaltung lautete: „Der Staatsdienst braucht gute Leute – Dafür reicht eine Besoldung nach Kassenlage nicht aus“.

In seinem Eingangsstatement stellte sich Frank Puchtler als ausgebildeter Sparkassenfachmann vor, für den es außer Frage stehe, dass der öffentliche Dienst gut qualifizierte Mitarbeiter benötige. Er erkenne den Fachkräftemangel und sei sich der Tatsache bewusst, dass bei Verbesserung der Wirtschaftslage das Interesse am öffentlichen Dienst nachlasse. Puchtler befürwortete das Berufsbeamtentum und ergänzte: „Hohheitliche Aufgaben“ gehören in die öffentliche Hand. Dazu gehöre auch die Infrastruktur.

Der Bevölkerungsrückgang erfordere aber notwendigerweise Anpassungsprozesse, die das

Zusammenlegen von Ämtern und Behörden nicht ausschließen dürfe. Puchtler räumte ein, dass die Änderungen mit einer Aufgabendiskussion verbunden sein müssten.

Für Puchtler sind Zufriedenheit und Gesundheitsmanagement im öffentlichen Dienst wegen der sehr stark gestiegenen Arbeitsbelastungen wichtige Faktoren, auch sollen flexible Arbeitszeiten die Familienfreundlichkeit fördern.

In der anschließenden Diskussion verschafften sich die anwesenden Kolleginnen und Kollegen Luft, indem sie zum Beispiel darauf hinwiesen, dass nach dem geplanten neuen Dienstrecht nach derzeitigem Stand keine ausreichenden Mittel für die notwendigen Fortbildungen bereitgestellt werden.

Beschämend sei die Anerkennung der Leistung, die bei Jubiläen mit 40 Euro als Sachleistung „gewürdigt“ werde. Das sei wahrlich kein adäquater Ausdruck von Wertschätzung nach jahrzehntelanger Arbeit für den Dienstherrn.

Puchtler entgegnete, dass Aufstockungen auf der einen Seite unweigerlich Kürzungen in anderen Bereichen nach sich ziehen würden. Man dürfe nicht

außer Acht lassen, dass 40 Prozent des Haushaltes Personalkosten betreffen.

Aus den Reihen der Teilnehmer wurde konstatiert, dass Personalabbau mit Leistungsabbau einhergeht. Verbal prägnant wurde die Situation der Beamten veranschaulicht: „Erstklassige Leistung, zweitklassige Ausstattung, drittklassige Bezahlung seien ungerecht“.

Der Vorsitzende Fink machte auf die Neiddiskussion in der Öffentlichkeit aufmerksam. Die Politik spreche immer wieder von „Pensionslasten“, die in Wirklichkeit Verpflichtungen des Dienstherrn gegenüber seinen Mitarbeitern seien. Das müsse mit aller Deutlichkeit der Öffentlichkeit gegenüber klargestellt werden. Durch ausufernde Einstellungen und Beförderungen in den 70er-Jahren sei die Politik zu großzügig mit ihren Mitarbeitern umgegangen.

Natürlich sei es kurzfristig, Neid zu entfesseln, entgegnete Puchtler, bevor er konstatieren musste, dass der Pensionsfonds für Beamte mit Krediten finanziert werde. Forderungen, den Pensionsfonds dem Zugriff der Politik zu entziehen und damit „sicherer“ zu machen, erteilte der Angeordnete eine Absage.

Der stellvertretende dbb-Landesvorsitzende Torsten Bach machte deutlich, dass die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz erwarten, dass die ausgehandelten Tarifergebnisse 1:1 für den Beamtenbereich übernommen werden. Alles Andere sei mit dem dbb nicht zu machen und keinem Beamten in Rheinland-Pfalz zu vermitteln. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die weitreichenden Vorleistungen der Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren.

Zum Abschluss der Veranstaltung gab Vorsitzender Fink als Zeichen guten Willens dem Diskussionspartner Frank Puchtler einen Rotwein mit auf die Durststrecke vor den Landtagswahlen und dem Volksvertreter den Rat mit auf den Weg: „Wenn Sie Perspektiven für die jungen Berufseinsteiger bieten, dann wird die Berufung zum öffentlichen Dienst auch in Zukunft Ansporn sein, zum Wohle aller Bürger tätig sein zu dürfen.“ ■

Reisen

FRANKREICH
Atlantikküste-Vendée, wunderschöne Ferienhäuser, direkt am Meer, pers. ausgesucht. Tel. (02684) 958223 www.vendee.de

UNGARN
Ungarn-Plattensee, Fe-Haus, 2-8 Pers., Balkon, Garten, Aussicht, keine Haust., 35-60 €. Tel. (07472) 21556

durchblick vormals „Der Beamte in Rheinland-Pfalz“

ISSN 0946-7483

Herausgeber: dbb – beamtenbund und tarifunion, landesbund rheinland-pfalz,
Adam-Karrillon-Straße 62, 55118 Mainz, Telefon 06131.611356.

Verlag: dbb verlag gmbh, Internet: www.dbbverlag.de, E-Mail: kontakt@dbbverlag.de.

Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstr. 165, 10117 Berlin,

Redaktion: Malte Hestermann, Telefon 06131.611356, Telefax 06131.679995. Fotos: MEV.

Redaktionsschluss am 1. des Vormonats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und Quellenangabe zulässig.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Anzeigenverkauf: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Petra-Opitz Hannen, Telefon 02102.74023-715, Fax 02102.74023-99. Anzeigentarif Nr. 19, gültig ab 1.10.2010.

Die Zeitschrift „durchblick“ erscheint zehnmal im Jahr. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

KV Westerwald

Info-Veranstaltung „Pfleigestützpunkt“

Anlaufstelle für Ratsuchende

Wissen, wo man im Falle der Pflegebedürftigkeit Rat und Hilfe findet – darum geht es dem dbb-Kreisverband Westerwald, der die Mitglieder der Fachgewerkschaften im dbb und sonstige Interessierte ein-

lädt zur Informationsveranstaltung...

... am **Dienstag, 24. Mai 2011, um 17 Uhr ins Hotel Adler Westerburg.**

Pflegerberater Torsten Becker stellt seine Arbeit beim Pflege-

stützpunkt Westerburg/Rennerod vor und zeigt auf, welche Hilfe und Unterstützung pflegenden Angehörigen nach Recht und Gesetz zustehen.

Der Kreisvorstand freut sich auf Ihr Kommen.

Kontakt:

dbb-Kreisverband Westerwald
M. Petroschka,
Breslauer Straße 14,
56457 Westerburg,
E-Mail: mpetrosca@rz-online.de,
Anrufbeantworter: 02663.4983

8

DBV Öffentlichrechtliche Anstalt für Beteiligungen

Inhaber von Berechtigungsscheinen dringend gesucht!

Jetzt Coupon einlösen

Viele Angehörige des öffentlichen Dienstes erhalten eine zusätzliche Geldspritze.

Ehemalige Lebensversicherte der DBV – in erster Linie Angehörige des öffentlichen Dienstes – bekamen und bekommen Geld aus dem Erlös eines Börsengangs und von Aktienverkäufen. Bereits 1994 wurden rund 600 000 Berechtigungsscheine an die Betroffenen verschickt, in denen drei nummerierte Coupons eingedruckt sind.

Zwischen 2007 und 2009 flossen bereits über 173 Millionen Euro auf die Konten der ehemaligen Versicherten oder deren Hinterbliebenen, sofern sie

den Coupon 1 des Berechtigungsscheins eingereicht haben.

Seit dem 30. September 2009 und noch bis zum 1. Oktober 2012 kann nun Coupon 2 eingelöst werden. Empfänger können anteilige Werte in einem Gesamtvolumen von 265 Millionen Euro erwarten. Dies geschieht jeweils mit einer Abschlags- und einer Schlusszahlung.

Der DBVÖR-Vorstandsvorsitzende Hans-Joachim Krauß rät den ehemaligen Versicherten und deren Hinterbliebenen, die Unterlagen ausführlich nach dem Berechtigungsschein zu durchforsten. Doch auch bei

Verlust des Dokuments gibt es noch Hoffnung, wie Krauß erklärt: „Wer seinen Berechtigungsschein durch besondere Umstände nicht mehr besitzt, hat die Möglichkeit, sich in einem Aufgebotsverfahren an das Amtsgericht in Wiesbaden zu wenden.“ Dies ist bereits in über 5 000 Fällen geschehen.

Coupon 2 kann bei den Filialen der Commerzbank, HypoVer-einsbank, den Volks- und Raiffeisenbanken sowie einer Reihe von Sparkassen eingereicht werden. Der durchschnittliche Coupon soll bei den Kreditinstituten mit einem Einreichungsformular vorgelegt werden. Alle wichtigen In-

formationen gibt es online unter www.dbvoer.de oder über die Service-Nummer 01803.202608 (9 Cent/Minute).

Einen Berechtigungsschein haben Versicherungsnehmer der ehemaligen Deutsche Beamten-Versicherung Öffentlich-rechtliche Lebens- und Rentenversicherungsanstalt erhalten, deren Lebens- und Rentenversicherungsverhältnisse am 31. Dezember 1989 schon und am 26. April 1990 noch bestanden und bei denen keine Gesamtschädigung vorgenommen wurde. Alle anderen Kunden der ehemaligen DBV-Gruppe haben keinen Berechtigungsschein erhalten.